69. Jahrgang. № 448

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 29. Oktober 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Oktober 1924 bei tägl. zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Oktober 1 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der französisch-russische Notenwechsel.

Verhandlungen über Frankreichs Privatansprüche. — Gegenseitige Nichteinmischung.

Der Prozeß gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten beginnt noch vor den Neuwahlen.

Die Anerkennung Rußlands durch Herriot.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten.")

Paris, 29. Okt. Die heutige Morgenpresse bringt in Sonderausgaben den Notenwechsel zwischen der französischen und der russischen Regierung. Die russische Antwort ist entgegen den Erwartungen erst um 1,45 Uhr heute nacht am Quai d'Orsay eingetroffen.

In der französischen Note spricht Herriot zunächst die Anerkennung de jure der Sowjetregierung aus.

Die französische Regierung erklärt sich weiter bereit, von jetzt ab regelmäßig diplomatische Beziehungen mit der Regierung der S. S. R. durch gegenseitige Entsendung von Botschaftern wieder anzuknüpfen.

Die französische Note fährt alsdann fort: Indem ich Ihnen diese Anerkennung notifiziere, die keinen der von Frankreich unterzeichneten Verträge beeinträchtigen kann, glaubt die Regierung der französischen Republik an die Möglichkeit, zu einem Gesamtabkommen zwischen unseren beiden Ländern gelangen zu können, wobei sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen in den Vordergrund stellt. **In dieser Beziehung beabsichtigt die französische Regierung ausdrücklich, die Rechte zu wahren, die französischen Bürgern aus Verpflichtungen zustehen, die Rußland oder seine Untertanen unter den früheren Regierungen eingegangen sind,** Verpflichtungen, deren Achtung durch die allgemeinen Prinzipien des Rechts garantiert sind, welche für uns die Regel des internationalen Lebens bleiben. Dieselben Vorbehalte gelten für die Verpflichtungen, die Rußland seit dem Jahre 1914 gegenüber Frankreich und seinen Untertanen übernommen hat. **In diesem Falle beabsichtigt die Regierung der französischen Republik, um es neut den Interessen des Friedens und der Zukunft Europas zu dienen, mit der S. S. R. eine gerechte, praktische Regelung zu suchen, die es gestattet, zwischen beiden Nationen nützliche Beziehungen und normalen Austausch wieder herzustellen. Bis zur endgültigen Anbahnung dieser Verhandlungen werden die Verträge, Abkommen und Abmachungen, die zwischen Frankreich oder französischen Bürgern und Rußland bestanden haben, keine Gültigkeit haben.** Die Beziehungen privatrechtlicher Natur, die vor Einführung der sowjetistischen Herrschaft zwischen Frankreich und Rußland entstanden sind, werden weiter behandelt, wie sie bisher behandelt worden sind. **Ferner soll bereits jetzt abgemacht sein, daß die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten die Regel für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein soll.**

Die Moskauer Antwort

ist unterzeichnet von Kalenin und Rykoff und hat folgenden Wortlaut:

Der Zentralvollzugsausschuß des Verbandes der sozialistischen Sowjetrepublik nimmt mit großer Befriedigung den Vorschlag der französischen Regierung auf, die diplomatischen Beziehungen wieder herzustellen und unverzüglich Verhandlungen zu eröffnen, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern des Sowjetverbandes und Frankreichs wieder herzustellen. Der Vollzugsausschuß drückt sein Vertrauen dazu aus, daß alle im Telegramm des französischen Ministerpräsidenten von heute erwähnten Fragen durch eine volle Einigung zwischen den beiden Regierungen geregelt werden können zum größten Nutzen des Sowjetverbandes und Frankreichs, da der gute Wille auf beiden Seiten besteht. **Ebenso besteht der absolute Respekt vor den gegenseitigen Ansprüchen.** Die Sowjetregierung läßt sich ständig von dem Wunsche leiten, zu einer wahren Regelung des allgemeinen Friedens im Interesse des arbeitenden Volkes aller Länder zu gelangen und in Freundschaft mit allen Völkern zu leben. Insbesondere hebt der Zentralvollzugsausschuß der Sowjetregierung den unbedingten Vorteil hervor, der für die beiden Länder aus der Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen hervorgeht durch die Entwicklung ihrer Produktivkräfte und ihre gegenseitige Handelsbegünstigung. **Ebenso wie die französische Regierung ist der Zentralvollzugsausschuß der Sowjetregierung der Ansicht, daß die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eine unerläßliche Bedingung der Beziehungen mit jedem Staate im allgemeinen und mit Frankreich im besonderen ist und nimmt die Erklärung der französischen Regierung in dieser Beziehung mit Befriedigung auf.**

Die Schwierigkeiten der Verhandlungen?

(Durch Funkspruch.)

Paris, 29. Okt. Nach dem „Matin" bedient sich die französische Note derselben Formel, deren sich seinerzeit die britische Regierung bei ihrer Anerkennung bedient hat. Die von Herriot vorgeschlagene Konferenz werde sich nicht nur mit der Bereinigung der alten Konten, sondern auch mit dem Abschluß eines neuen Handelsabkommens und der Regelung der Wiedereinsetzung französischer Konsuln in Rußland und russischer Konsuln in Frankreich beschäftigen. **Die beiden Delegationen, die darüber verhandeln sollen, sollen aus je 5 Delegierten und 25 Sachverständigen bestehen. An der Spitze der französischen Delegation werde Senator de Monzie und an der Spitze der russischen Delegation Rakowski stehen.** Man glaubt nicht, daß die Zusammenkunft schon in der nächsten Zeit erfolgen werde, da man vorerst für die unerläßlichen finanziellen Unterlagen sorgen müsse. Erst wenn die Konferenz zu einem vollkommenen Einverständnis geführt habe, könne man daran denken, die finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen. (wtb.)

Frankreich als Ostseemacht.

Die polnische Flottenbasis in Gdingen.

London, 28. Okt. **Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian" berichtet: Der lange Besuch des polnischen Kriegsministers Sikorski in Frankreich habe die Bedeutung, daß Polen zu einer Flottenmacht gemacht und von Frankreich mit einer Flotte von modernen Unterseebooten, Zerstörern und Wasserflugzeugen versehen werden soll. Der neue polnische Hafen Gdingen an der Danziger Bucht, wo riesige Bauten im Gange seien, soll zu einer starken Flottenbasis ausgearbeitet werden und wird der stärkste sein, über den Polen seit Kriegszeiten verfügt habe. Strategisch sei dies von unverkennbarer Bedeutung und könne als Ausdehnung der französischen Flottenmacht auf die Ostsee angesehen werden.**

Es sei jetzt klar, daß die vor einigen Wochen in der französischen Presse veröffentlichten falschen Berichte über gemeinsame Flottenmanöver der deutschen und russischen Geschwader in der Ostsee Propagandazwecken gedient hätten. Man müsse sich fragen, wie diese Entwicklung in Einklang gebracht werden könne mit der Begeisterung, die angeblich in Polen und Frankreich für das Genfer Abrüstungsprotokoll herrsche. (W. T. B.)

Die Deutschnationalen und die soziale Frage.

Von Paul Krellmann.

Der Sinn des vor uns liegenden Wahlkampfes ist, eine bessere Entscheidung — als am 4. Mai — darüber herbeizuführen, wer in Zukunft die Macht im Staate in der Hand haben soll, in welchem Geiste Staats-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu treiben ist. Um eine starke nationale Mehrheit, die weder von den Demokraten, noch von dem Wirthflügel des Zentrums abhängig ist, zu erreichen, muß deshalb im Wahlkampfe auch der sozialen Frage eine weitgehende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Sozialdemokratie wird mit allen Mitteln versuchen, besonders die von ihr abgewanderten großen Arbeitnehmermassen wieder für sich zu gewinnen. Mit erfreulicher Offenheit hat der „Vorwärts" bereits in seiner Sonderausgabe, die er am Tage der Reichstagsauflösung herausgab, darauf hingewiesen, daß auch die Frage des Achtstundentages, wie überhaupt die soziale Frage im Wahlkampf, eine große Rolle spielen soll.

Die Rechtsparteien brauchen diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten. Vor allem in der deutschnationalen Reichstagsfraktion waren eine ganze Reihe von Arbeitnehmervertretern vorhanden, die die Gewähr dafür geboten haben, daß die sozialen Grundsätze, die die Deutschnationale Volkspartei sich gegeben hat, auch befolgt wurden. Die bisherige Tätigkeit der Deutschnationalen Volkspartei auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist deshalb auch durchaus zufriedenstellend gewesen. Die Deutschnationale Volkspartei hat den Beweis erbracht, daß die Arbeitnehmer ihre beruflichen Belange auf nationalem Boden verfechten können. Die Sozialdemokratie ist schon längst nicht mehr die Partei der Arbeiterschaft; die Partei der Privatangestellten ist sie noch niemals gewesen.

Die Sozialdemokratie wird besonders mit dem Schlagwort operieren, daß eine künftige Rechtsregierung den Abbau der Sozialpolitik bringen wird.

Deshalb sei schon bei Beginn des Wahlkampfes darauf hingewiesen, daß die Deutschnationale Volkspartei sich niemals für die Beseitigung des Achtstundentages ausgesprochen hat. Die Deutschnationale Volkspartei vertritt nur, auch in Uebereinstimmung mit sozialdemokratischen Wissenschaftlern, die durchaus richtige Ansicht, daß der Achtstundentag nicht schematisch durchgeführt werden kann, sondern die Arbeitszeit nach den wirtschaftlichen Erfordernissen und nach freier Vereinbarung der beteiligten Kreise zu regeln ist. In dieser Richtung bewegt sich auch der seinerzeit von dem deutschnationalen Abgeordneten Lambach eingebrachte Antrag, aus dem Internationalen Arbeitsamt auszuscheiden und das sogenannte Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht zu ratifizieren.

Eine vernünftige, den Arbeitnehmern und den allgemeinen Wirtschaftsinteressen dienliche Sozialpolitik kann nur gegen die Sozialdemokratie getrieben werden. Auch das ist ein ausschlaggebender Grund für die Notwendigkeit des Zustandekommens einer Rechtsregierung, die von sozialdemokratischen Beeinflussungen frei ist. Es darf wohl angenommen werden, daß die Aufstellung der Kandidaten bei den Rechtsparteien auch diesmal wieder den Beweis erbringt, daß sie, wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft daran arbeiten wollen, die Klassengegensätze zu überbrücken und den noch nicht vom nationalen Gedanken erfaßten Arbeitnehmer zu gewinnen. Allerdings werden sich die Rechtsparteien in Zukunft mehr als bisher darüber klar sein müssen, daß es nicht angängig ist, die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit zu bekämpfen und abzulehnen; sie werden sich vielmehr noch stärker bewußt werden müssen, daß es in der Gewerkschaftsbewegung verschiedene Richtungen gibt und daß gewerkschaftlich organisiert durchaus nicht sozialdemokratisch organisiert heißt. Die Deutschnationale Volkspartei hat unzählige Mitglieder und Wähler, die gewerkschaftlich organisiert sind und die aktiv im völkischen Geiste mit arbeiten. Nach einer Statistik, die der Reichs-Angestellten-Ausschuß der Deutschnationalen Volkspartei kürzlich aufgestellt hat, die aber noch nicht abgeschlossen ist, konnte festgestellt werden, daß 120 gewerkschaftlich organisierte Privatangestellte als deutschnationale Parlamentarier in den verschiedensten Stadt-, Landes- und Reichsparlamenten schon tätig sind. Ohne Zweifel wird sich die Zahl 120 nach Abschluß der vorgenommenen Erhebung noch erhöhen, aber sie beweist bereits recht deutlich, wo die Arbeitnehmermitglieder der Deutschnationalen Volkspartei beruflich organisiert sind. Das sollte für manche Gliederungen der Rechtsparteien, die sich hin und wieder in der Gewerkschaftsfrage unklar eingestellt haben, ein Hinweis sein, wie ihre Einstellung von nun an zu sein hat.

Der am 7. Dezember zu wählende Reichstag wird sich der Frage der sozialen Gesetzgebung ganz anders annehmen müssen, als es dem am 20. Oktober dahingeschwundenen Reichstage möglich war. Dringliche soziale Fragen harren der Erledigung. Vor allem ist es die Frage der Neuordnung von Kapital und Arbeit, die durch die deutschnationale Reichstagsfraktion wiederholt aufgerollt worden ist, die keinen Aufschub mehr duldet. Auch die Frage des berufsständischen Umbaues der Sozialversicherung ist von großer Wichtigkeit. Ebenso wichtig ist die allgemeine Einführung ordentlicher Arbeitsgerichte, wie sie im vergangenen Reichstag von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gefordert wurden.

Deutschlands Anteil am Weltmarkt.

Der Stand der Handelsverträge.

Berlin, 29. Okt. Die Handelsvertragsverhandlungen, die Deutschland nach verschiedenen Seiten führt, kommen jetzt lebhaft in Gang. Nach der Rückkehr des englischen Berliner Botschafters Lord d'Abernon nach Berlin sind die Besprechungen über den **deutsch-englischen Vertrag** wieder aufgenommen worden und machen günstige Fortschritte. Ueber den **deutsch-spanischen Handelsvertrag**, der wegen der gefährdeten Interessen der rheinischen Winzer noch stark umstritten ist, fand gestern eine Kabinettsberatung statt. Die **deutsch-französischen Besprechungen** werden am 5. November weitergeführt. Die Ernennung der **italienischen Delegierten für** die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland stehen unmittelbar bevor. Die **deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen** haben das Stadium der Vorverhandlungen überschritten, so daß jetzt mit baldigem Beginn der offiziellen Vertragsverhandlungen zu rechnen ist. Die Verhandlungen werden in Berlin geführt. In maßgebenden deutschen Kreisen hofft man, daß der Abschluß des gegenseitigen Meistbegünstigungsvertrages auch das Fallen der lästigen Einfuhrbeschränkungen, die in Japan zurzeit für deutsche Farbstoffe bestehen, zur Folge haben werden. Der russische Botschafter Krestinski ist gestern aus Italien von einem Urlaub zurückgekommen und hat die Botschaft wieder übernommen. Der Botschaftsrat Brodowski begibt sich am 8. November nach Moskau, um dort an den Arbeiten der **deutsch-russischen Kommission** zum Abschluß eines Handelsvertrages teilzunehmen. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau kehrt heute von hier nach Moskau zurück.

Berlin, 29. Okt. **Das deutsch-portugiesische Handelsabkommen läuft mit dem 31. Dezember d. J. ab. Es wird** der Abschluß eines ähnlichen Vertrages erwartet. Deutscherseits werden verschiedene Forderungen geltend gemacht, über die noch verhandelt werden muß. Besonders bietet die Frage der Schiffahrtsgebühren vielfach Anlaß zu Klagen deutscherseits. Auch wird gewünscht, die Frage der Meistbegünstigung und die Stellung der Kolonien in dem neuen Abkommen zu klären.

Schützt die nationale Arbeit durch Zölle!

Eine Entschließung der rheinisch-westfälischen Industriellen.

Berlin, 29. Oktober. Die Vereinigung zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen, sowie die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Metallindustrieller, nahmen in einer Mitgliederversammlung in Düsseldorf nach einer Rede des Reichswirtschaftsministers Hamm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Die durch den Friedensvertrag und das Londoner Abkommen der deutschen Volkswirtschaft aufgezwungenen Lasten erfordern eine Steigerung des Ertrags der nationalen Gesamtarbeit und eine Erhöhung unserer Ausfuhr. **Darum kann die Erhaltung und Steigerung des Ertrags sowie der Absatz deutscher Erzeugnisse im In- und Auslande nicht durch eine freie Handelspolitik, sondern durch einen die nationale Arbeit schützenden Zoll erreicht werden.** Die deutsche Wirtschaft würde in ihrem überwiegenden Teil ohne einen Schutzzoll der Vernichtung preisgegeben sein. Bei der künftigen Regelung unserer Handelsverträge mit den übrigen Ländern muß nach unserer Ansicht in erster Linie an dem Grundsatz der allgemeinen gegenseitigen Meistbegünstigung festgehalten werden.

SLUB
Wir führen Wissen.